

# Zwei Köpfe, zwei Profile – Wolhusen hat die Wahl

**Wolhusen Gemeinderatswahlen, Individualbesteuerung und der Ausbau der Lamm-schlucht: An der Parteiversammlung der Mitte Wolhusen standen gleich mehrere richtungsweisende Geschäfte zur Diskussion – mit unterschiedlichen Entscheidungen.**

An der Parteiversammlung der Mitte Wolhusen vom Montagabend, 23. Februar, standen die Gemeinderatswahlen vom 8. März sowie die eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen im Zentrum. Parteipräsident Adrian Meyer durfte zahlreiche Interessierte begrüßen, darunter die beiden Kandidierenden für den Gemeinderat, Linda Kaufmann (SP) und Ivan Wüthrich (SVP), sowie die beiden Mitte-Politiker Nationalrat Pius Kaufmann und Kantonsrat Guido Roos.

Den Auftakt machte Linda Kaufmann (SP). Die 34-Jährige lebt seit fünf Jahren in Wolhusen und arbeitet als Schulberaterin sowie als Schulische Heilpädagogin. Sie möchte einen frischen Blickwinkel in die Behörde einbringen, setzt auf überparteilichen Austausch und will sich gesellschaftlich stärker engagieren. Durch ihre langjährige Vereinsarbeit habe sie gelernt, Kompromisse zu finden und Projekte voranzubringen. Sie wolle der Gemeinde etwas zurückgeben und

sich auch in komplexe Finanzthemen einarbeiten.

Ihr gegenüber steht Ivan Wüthrich (SVP), in Wolhusen aufgewachsen und gelernter Zöllner. Der 48-Jährige will sich verstärkt für seine Heimatgemeinde einsetzen und Wolhusen als Gesundheitsstandort stärken. Als KFOR-Soldat im Kosovo habe er prägende Erfahrungen gesammelt. Seit sechs Jahren gehört er der Bürgerrechtskommission an und kennt die Verwaltungsabläufe. Finanzpolitisch fordert er eine konsequente Schuldenbremse; der Steuerfuss dürfe nicht weiter steigen.

Nach einer kurzen Diskussion verzichtet die Ortspartei, sich für eine der beiden kandidierenden Personen zu positionieren und macht keine Wahlempfehlung. Sie ermuntert aber die gesamte Bevölkerung, sich an den Gemeinderatswahlen zu beteiligen und somit die Zukunft von Wolhusen mitzubestimmen.

## Neue Ungerechtigkeiten

Ein zweiter Schwerpunkt des Abends war die eidgenössische Abstimmung über die Einführung der Individualbesteuerung. Nationalrat Pius Kaufmann erläuterte die Vorlage im Detail und sprach sich klar gegen die Reform aus. Die Individualbesteuerung sei kompliziert, ungerecht und teuer. Er warnte vor einem «administrativen Leerlauf», der keinen wirtschaftlichen Mehrwert schaffe, aber enorme Kosten verursache. Laut Kaufmann würde die Systemumstellung schweizweit rund 1,7 Millionen zusätzliche Steuererklärungen generieren und etwa 1000 neue Steuerfachkräfte benötigen. Besonders kritisch bewertete er die sozialen Folgen: Während Paare mit ähnlichem Einkommen profitierten, müssten Einverdiener-Ehepaare und Familien mit Eigenbetreuung die Steuersenkungen der Gutverdienenden finanzieren. Zudem zwingt die Vorlage die Kantone zur Umstellung ihres gesamten Steuerrechts.



Die Gäste Linda Kaufmann und Ivan Wüthrich (Zweiter von rechts), Pius Kaufmann (ganz rechts), Guido Roos (ganz links) mit Parteipräsident der Mitte Wolhusen, Adrian Meyer. [Bild zVg]

Zur SRG-Initiative warnte Kaufmann vor massiven Einschnitten im Medien- und Sportbereich. Gerade kleinere Sportarten und regionale Angebote wären stark von finanziellen Kürzungen und viel weniger Berichterstattung betroffen. Zudem sei ein verlässlicher Journalismus zentral für die Demokratie.

## Lebensader Lammschlucht

Abgerundet wurde die Versammlung durch die kantonale Vorlage zum zweiten Ausbauschritt der Lamm-schlucht. Kantonsrat Guido Roos bezeichnete die Verbindung durch das Waldem-

mental als zentrale Lebensader für Wirtschaft, Tourismus und Pendler im Entlebuch. Die aktuelle Strasse genüge den Anforderungen nicht mehr; das 38-Millionen-Projekt solle die Sicherheit erhöhen und Naturgefahren reduzieren. Die Versammlung folgte seinen Ausführungen und fasste einstimmig die Ja-Parole.

Nach dem Dank lud Adrian Meyer alle Anwesenden zu einem Apéro und weiteren Gesprächen mit den Gästen ein. [lm]

# Nationale Vorlagen mobilisieren stärker

**Kanton Luzern Im Kanton Luzern ist die Beteiligung an eidgenössischen Abstimmungen höher als an kantonalen. Insgesamt liegt sie meist leicht über dem Schweizer Durchschnitt, wie Lustat mitteilte.**

Eidgenössische Vorlagen haben die Luzerner Stimmbevölkerung in den letzten Jahren stärker mobilisiert als

die kantonalen. Auch beteiligten sich die Luzerner Stimmberechtigten öfter an eidgenössischen Abstimmungen als die gesamtschweizer Stimmbevölkerung. Insbesondere bei Abstimmungen mit hoher Teilnahme zeigt sich der Unterschied zwischen dem Kanton Luzern und der Gesamtschweiz, wie LUSTAT im neuesten Webartikel ausführt.

Über die Jahre zeigt sich die Abstimmungsteilnahme je nach Thema stark volatil. Insgesamt vermögen Abstimmungen über Sachfragen stärker

zu mobilisieren als Wahlen. Die Abstimmungsteilnahmen in den Gemeinden folgen dem kantonalen Trend. Dennoch lassen sich spezifische Gegebenheiten feststellen. Bestimmte Gemeinden weisen regelmässig eine über- oder unterdurchschnittliche Teilnahme aus.

## Teilnahme variiert

Die Teilnahme an eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen lag im Kanton Luzern in den Jahren 2016 bis 2025 zwischen knapp 30 und 70 Prozent. Die Teilnahme zeigte sich je nach Thema stark volatil. Insgesamt vermochten Abstimmungen über Sachfragen stärker zu mobilisieren als Wahlen. Die Wahlteilnahme fiel demgegenüber wesentlich konstanter aus.

Eidgenössische Vorlagen mobilisierten die Stimmberechtigten im Kanton Luzern jeweils ähnlich stark wie in der Gesamtschweiz. Insgesamt war die Teilnahme an Abstimmungen im Kanton Luzern etwas höher als in der Gesamtschweiz, besonders bei stärker mobilisierenden Vorlagen. Eidgenössische Vorlagen mobilisierten die Luzerner Stimmbevölkerung in den meisten Fällen stärker als kantonale Vorlagen. Die tiefsten Teilnahmewerte wurden bei Urnengängen mit ausschliesslich kantonalen Vorlagen verzeichnet.

## Regionale Betroffenheit

Seit 2016 bewegte sich die Abstimmungsteilnahme in den Luzerner Gemeinden meistens gleichläufig mit dem kantonalen Wert. Gewisse gemeindespezifische Gegebenheiten lassen sich dennoch feststellen: So mobilisieren zum Beispiel kommunale Ab-

## leser brief

### Finanzpolitisches Risiko mit Nebenwirkungen

Am 8. März entscheiden wir über die Klimaschuldenfonds-Initiative. Weshalb dieser Name? In der öffentlichen Debatte steht zu wenig im Zentrum, was diese Initiative wirtschaftlich bedeuten würde: Massive Belastungen für Haushalte, Unternehmen und den Bundeshaushalt. Für mich ist ein Nein die klare Antwort. Der geplante Klimafonds, der jährlich bis zu 10 Milliarden Franken verschlingen würde, schadet der Schweiz. Denn dies entspricht rund 0,5 bis 1 Prozent des BIP und summiert sich bis 2050 auf bis zu 200 Milliarden Franken zusätzlicher Schulden – vollständig ausserhalb der Schuldenbremse.

Ein solches Volumen ist nicht ohne Konsequenzen: Der Bundesrat weist darauf hin, dass zur Deckung dieser Ausgaben Mehrwertsteuererhöhungen von bis zu 2,5 Prozent oder eine Anhebung der direkten Bundessteuer um bis zu 28 Prozent im Raum stehen. Solche Steuer- und Abgabensteigerungen

wirken unmittelbar auf Konsum- und Investitionsentscheidungen: Sinkende Kaufkraft ist schlecht für die Konjunktur und steigende Unternehmenssteuern beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Zudem würde ein dauerhaft grosser Fondstopf erhebliche Mittel des Bundes binden. Andere zentrale staatliche Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Sicherheit oder Infrastruktur kommen unter Spardruck, weil weniger budgetärer Spielraum zur Verfügung stünde. Zusammengefasst droht mit der Klima-Schuldenfondsinitiative eine substanzielle wirtschaftliche Belastung für die Schweiz: höhere Steuern für Private und Unternehmen, stärkere Verschuldung sowie geringerer Spielraum für andere wichtige staatliche Leistungen. Gerade in Zeiten, in denen wirtschaftliche Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit zentral sind, sollten solche Risiken nicht unterschätzt werden. Deshalb: Nein zu der Klima-Schuldenfondsinitiative am 8. März.

Damian Müller, Ständerat, Hitzkirch

stimmungen oder Vorlagen, welche bestimmte Regionen stärker betreffen, die entsprechenden Stimmbevölkerungen verstärkt. Generell war die Abstimmungsteilnahme im ausgewählten Beobachtungszeitraum von 2022 bis 2025 in den Gemeinden Adligenswil, Greppen, Horw, Meggen, Rothenburg, Sempach, Udligenswil, Vitznau und

Weggis häufig überdurchschnittlich hoch.

Gemeinden mit unterdurchschnittlicher Teilnahme waren hingegen Büron, Dierikon, Emmen, Reiden, Root und Schötz. Allgemein geht ein höherer Altersquotient mit einer höheren Abstimmungsteilnahme in den Gemeinden einher. [lustat]



Eidgenössische Vorlagen haben die Luzerner Stimmbevölkerung in den letzten Jahren stärker mobilisiert als die kantonalen. [Symbolbild keystone-sda]

Anzeige

# NEIN

zum Steuerschwindel

## Individualbesteuerung

Kompliziert - Bürokratisch - Ungerecht

Wir stimmen aus Überzeugung NEIN am 08. März 2026

Andrea Gmür
Leo Müller
Priska Wismer
Pius Kaufmann
Karin Stadelmann
Adrian Nussbaum